

POLITIKBERATUNG UND -KOMMUNIKATION

Bessere Wirtschaftspolitik durch Politikevaluation

von Dr. Susanne Cassel und Dr. Tobias Thomas

Die Politik trifft fortlaufend wirtschaftspolitische Entscheidungen, die weit reichende Auswirkungen für Bürger und Unternehmen haben und oftmals mit beträchtlichen öffentlichen Ausgaben verbunden sind. So gewährte der Bund 2013 laut Subventionsbericht der Bundesregierung 21 Mrd. Euro an Finanzhilfen und Steuervergünstigungen – Untersuchungen des Instituts für Weltwirtschaft Kiel gehen von wesentlich höheren Summen aus. Dabei besteht in der Regel Unsicherheit darüber, ob die beschlossenen Maßnahmen und Gesetze tatsächlich die gewünschte Wirkung haben. Um die Zielerreichung wirtschaftspolitischer Maßnahmen zu überprüfen und eine wirtschaftliche Verwendung der knappen öffentlichen Mittel zu erreichen, sollten wirtschaftspolitische Maßnahmen generell evaluiert werden. Dies gilt insbesondere für fiskalische Fördermaßnahmen, sollte aber auch für nicht-finanzielle Maßnahmen gelten. Um festzustellen, ob eine Maßnahme tatsächlich zielführend ist, müssen die zu erreichenden Ziele eindeutig formuliert und Zielgrößen definiert werden, an denen die Wirksamkeit der Maßnahmen gemessen werden kann. Auch setzt eine Evaluation den Zugang zu den notwendigen Daten voraus. Um eine hohe Glaubwürdigkeit zu erreichen, muss dafür gesorgt werden, dass der Evaluierungsprozess unabhängig und ergebnisoffen erfolgt. Dazu sollten die Evaluationsprojekte wettbewerblich ausgeschrieben und ihre Ergebnisse veröffentlicht werden, so dass eine breite Diskussion und Überprüfung der Ergebnisse stattfinden kann. Politikevaluationen können zu einem gesellschaftlichen Lernprozess über wirksame Maßnahmen beitragen. Voraussetzung dafür ist eine Kultur der Kritikbereitschaft und -fähigkeit in Politik und Gesellschaft.

Während die durch Erfüllung gesetzlicher Regelungen anfallenden Folgekosten z. B. auf Bundes- oder europäischer Ebene analysiert werden, existiert eine systematische Evaluierung der Zielerreichung von Gesetzesvorhaben in Deutschland bislang nicht flächendeckend und umfassend. Mit der

Wirkungsforschung zu den Hartz-Reformen oder der in der letzten Legislaturperiode durchgeführten umfassenden Evaluation von familienpolitischen Leistungen hat sich die Politik erstmals auf groß angelegte Evaluierungsprojekte eingelassen. An den Erfahrungen mit diesen Projekten sollte angeknüpft werden, um eine Kultur der Politikevaluation in Deutschland zu etablieren.

Mit einer systematischen Politikevaluation können Politikmaßnahmen auf ihre Wirksamkeit hin untersucht und ggf. notwendige Korrekturen vorgenommen werden. Dabei geht es darum zu überprüfen, ob Maßnahmen tatsächlich ursächlich für die politisch beabsichtigten Effekte sind und ob es alternative Maßnahmen gibt, die die Ziele zu geringeren Kosten erreichen. Dazu ist es notwendig, Nutzen und Kosten unterschiedlicher Maßnahmen zu ermitteln. Die Evaluierung von Politikmaßnahmen setzt voraus, dass die Politik die mit der jeweiligen Maßnahme zu erreichenden Ziele klar und eindeutig formuliert und festlegt, anhand welcher Zielgrößen die Wirksamkeit der Maßnahmen gemessen werden soll. Daneben ist es erforderlich, dass die Wissenschaft Zugang zu den notwendigen Daten hat. Da „die“ einzig richtige Politikevaluation für alle Bereiche nicht existiert, sondern es sehr darauf ankommt, für jedes Projekt ein gutes Evaluationsdesign zu entwerfen und unterschiedliche Daten und Methoden anzuwenden, sollten Evaluationsprojekte öffentlich ausgeschrieben und von einer unabhängigen Institution durchgeführt werden und es sollte dafür gesorgt werden, dass die Ergebnisse auch überprüft werden können. Dazu müssen die Evaluationsergebnisse veröffentlicht und der Zugang zu den Daten sichergestellt werden.

Eine systematische Politikevaluation sollte nicht darauf beschränkt sein, Einzelmaßnahmen zu untersuchen, sondern auch ganze Politikfelder in den Blick nehmen. Denn in vielen Politikbereichen gibt es eine zunehmende Anzahl von Einzelmaßnahmen, die sich in ihrer Wirkung doppeln oder aufheben können. Auch werden nicht alle Maßnahmen in gleichem Maße zur Zielerreichung beitragen – bei manchen können Zielkonflikte auftreten. Eine vergleichende Analyse, wie sie mit der Gesamtevaluation der familienpolitischen Leistungen vorgenommen wurde, kann hier als Beispiel dienen, von dem gelernt werden kann.

Systematische Politikevaluationen sind aufwendig und erfordern erhebliche finanzielle Ressourcen. Deren Einsatz lässt sich nur dann rechtfertigen, wenn die Ergebnisse

KERNAUSSAGEN

Politikanalyse:

- Eine systematische Evaluierung der Zielerreichung von Gesetzen existiert in Deutschland bislang nur sehr vereinzelt.
- Mit den Evaluationen der Hartz-Reformen und der familienpolitischen Leistungen hat sich die Politik auf zwei große Evaluierungsprojekte eingelassen.

Politikempfehlung:

- Systematische Evaluierung von Politikmaßnahmen einführen. Dazu Ziele klar definieren, Datenzugang sicherstellen, Projekte wettbewerblich ausschreiben und Ergebnisse veröffentlichen.
- Ausschreibung der Evaluierungsprojekte durch eine unabhängige Institution.
- Politikevaluationen als Beitrag zum gesellschaftlichen Lernprozess begreifen.

der Evaluationen im politischen Prozess sowie in der Öffentlichkeit diskutiert und wo nötig entsprechende Korrekturen der Maßnahmen vorgenommen werden. Dazu bedarf es einer Kultur der Kritikbereitschaft und -fähigkeit in Politik und Gesellschaft. In der Kommunikation sollte darauf geachtet werden, dass Evaluationen nicht vorrangig als Mittel dargestellt werden, um Maßnahmen abzuschaffen und Mittel einzusparen, sondern um die Wirksamkeit von Maßnahmen zu verbessern. Bei schlechter Evaluierung sind Maßnahmen im Einzelfall aber auch einzustellen. Da es oftmals im Vorhinein nicht klar ist, welche Maßnahme am besten geeignet ist, um ein bestimmtes politisches Ziel zu erreichen, sind Lernprozesse notwendig. Evaluationen sind wichtiger Bestandteil solcher Lernprozesse. Damit sie ihre Funktion erfüllen können, sollte bereits bei Einführung einer Maßnahme der Datenzugang zur Evaluation gesichert werden.

Um eine unabhängige und ergebnisoffene Evaluationsforschung sicherzustellen, ist es auch notwendig, dass die jeweils für die Fördermaßnahmen Verantwortlichen die Evaluationen nicht in ihrem Sinne beeinflussen können. Die Evaluierungsprojekte sollten daher von einer unabhängigen Institution ausgeschrieben werden, die für sämtliche Evaluationen zuständig ist.

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage des ECONWATCH-Meetings „Bessere Wirtschaftspolitik durch systematische Politikevaluation?“ mit Prof. Dr. C. Katharina Spieß (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Impressum

ECONWATCH
Gesellschaft für Politikanalyse e.V.
Poststraße 12, 10178 Berlin

Helfen Sie mit!

Um den ECONWATCH-Policy Brief anbieten zu können, in dem Sie verständliche und wissenschaftlich fundierte Informationen über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und Reformmöglichkeiten erhalten, ist ECONWATCH als gemeinnützige und unabhängige Organisation auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen. Informationen hierzu erhalten Sie auf: www.econwatch.org